

Neues Flair am Schiffbauerdamm

Einen wichtigen Impuls für den Tourismus und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Gastronomie konnte Wirtschaftsstadtrat Dirk Lamprecht setzen: Er übergab am 4. August 2004 den neu gestaltete Uferstreifen am Schiffbauerdamm seiner neuen Bestimmung. Neben der Nutzung als Uferpromenade wurde nach historischen Vorbildern der 20er Jahre wieder Raum für gastronomische Nutzung am Spreeufer geschaffen. „Mit dem Abschluss dieser Baumaßnahme ist am Schiffbauerdamm ein neues Kleinod für den Bezirk Mitte entstanden, das zum Flanieren und Verweilen entlang der Spree einlädt“, so Stadtrat Lamprecht.

Beseitigt wurden als letzte Relikte des „Grenzbahnhofes Friedrichstraße“ die hohen Peitschenmasten und durch die modernen „Friedrichstadtleuchten“ ersetzt. Die Baumaßnahme hatte ein Volumen von rd. 100.000 Euro. Davon wurden 90.000

Euro aus GA-Mitteln zur Förderung der touristischen Infrastruktur finanziert. „Das Bezirksamt hat großen Wert darauf gelegt, dass am Bau ausschließlich mittelständische Firmen beteiligt wurden“, erklärt Lamprecht. Gewinn-



bringend ist die Maßnahme nicht nur für die Anrainer - auch der Bezirk erhält von den Gastronomen für die Nutzung der Flächen Sondernutzungsgebühren. Unterstützt wurde das Bezirksamt bei seinen Aktivitäten auch durch die CDU in der BVV. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, Esther Tromp-Koppes, hatte sich wiederholt für eine solche Umgestaltung eingesetzt. Nach Vorstellungen des Bezirkes soll nun der Uferstreifen zwischen Luisenstraße und dem Bahnhof Friedrichstraße in Angriff genommen werden.

Der Schiffbauerdamm erstrahlt in neuem Glanz. Ein neuer Anziehungspunkt in Berlin-Mitte

CDU fordert Vorgehen gegen Verwahrlosung

von Sven Rissmann, *Bezirksverordneter und Sprecher der CDU-Fraktion für kommunale Sicherheit und öffentliche Ordnung*

An verschiedenen Plätzen und Orten im Bezirk, vornehmlich in den Ortsteilen Wedding und Tiergarten, sehen sich Anwohner, Passanten und Gewerbetreibende der Situation ausgesetzt, dass Trinkgelage von früh bis spät das öffentliche Bild in diesem Umfeld bestimmen. In diesem Zusammenhang treten oft Verschmutzungen im öffentlichen Raum, Lärmbelästigungen, offenes Urinieren und viele weitere, einem guten Umfeld abträgliche Erscheinungen auf. Auch die Medien sind bereits auf die „Trinkertreffs“ aufmerksam geworden. Diese haben an einigen Stellen (z.B. Leopoldplatz im OT Wedding) Ausmaße angenommen, die für Außenstehende nicht mehr hinnehmbar sind. Da aus unserer Sicht weder Bezirksverwaltung noch die Polizei wirklich etwas unternommen haben, um diesen schädlichen Erscheinungen Einhalt zu gebieten, entschloss sich die CDU-Fraktion in der BVV Mitte, mittels eines Antrages auf das zunehmende Problem

des „öffentlichen Saufens“ aufmerksam zu machen und einen ersten Lösungsansatz zu bieten. Wir forderten das Bezirksamt auf, unter Einsatz des ab 1. September 2004 anlaufenden Ordnungsamtes, § 11 Abs. 2 Nr. 3 Berliner Straßengesetz zunächst an ausgewählten Orten und Plätzen im Bezirk konsequent umzusetzen. Die genannte Vorschrift normiert ein grundsätzliches Verbot des Niederlassen zum Alkoholverzehr im öffentlichen Raum. Damit hätte die „Kiezpolizei“ eine Handhabe, um die öffentlichen Alkoholexzesse, die ganze Gegenden in Mitte herunterziehen, zu unterbinden. Natürlich ist auch der CDU-Fraktion bewusst, dass man das Problem des ausufernden öffentlichen Alkoholkonsums oder gar des in unserer Gesellschaft weit verbreiteten Alkoholismus allein damit nicht lösen kann. Allerdings könnte mittels dieser Initiative verhindert werden, dass Anwohner ihrem Wohnumfeld wegen dieser Erscheinungen den Rücken kehren oder die kommunale Wirtschaft, die in weiten Teilen Weddings oder Tier-

gartens wegen der schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage sowieso starken Belastungen ausgesetzt ist, Kunden wegen dieser schlechten Bedingungen einbußt. In jedem Fall wäre es ein Schritt gewesen, unsere Kieze sauberer und lebenswerter zu machen. Leider sah sich unsere Fraktion auch an diesem Punkt einer ideologisch überbrückten Linksfront aus SPD-PDS-Grünen ausgesetzt, die diese Initiative verhinderten. Dennoch wird die CDU-Fraktion nicht locker lassen, unseren Bezirk diesen gesellschaftlichen Zerfallserscheinungen nicht ungeschützt und wehrlos ausgesetzt zu lassen. Wir werden weiterhin das Problem des massiven öffentlichen Trinkens in den Ausschüssen und der BVV thematisieren, um eine für die Anwohner, Passanten und Gewerbetreibende zufriedenstellende Lösung zu finden.

Steigende Gewalt gegen Polizei alarmierend

von Frank Henkel, *innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion*

Soldiner Kiez in Wedding - ein Polizist wird mit einer Eisenstange beworfen, Tiergarten - ohne Vorwarnung wird ein Beamter niedergeschossen und schwer verletzt.

Diese zwei Beispiele aus unserem Bezirk zeigen, wie brutal und unvermittelt Polizeibeamte in Berlin mittlerweile Opfer von gewaltbereiten Tätern werden. Die Zahlen untermauern diesen erschreckenden Trend. Nach Angaben der Polizei gab es 1997 noch 997 Fälle, im vergangenen Jahr waren es schon mehr als 1.600.

Handeln müssen jetzt Innensenator Körting und Polizeipräsident Glietsch. Anstatt die Polizei durch Stellenstreichungen und Mittelkürzungen weiter zu schwächen und vor allem zu demotivieren, muss die Präsenz der Polizei in der Stadt deutlich gestärkt und ihr entsprechende Hilfsmittel zur Abwehr von Übergriffen bereitgestellt werden.

Dazu gehört der neue Mehrzweckschlagstock (MZG), der in anderen Ländern bereits erfolgreich eingesetzt worden ist, ebenso wie eine bessere materielle Ausstattung der Polizeibeamten unter anderem mit geeigneten Schutzwesten und funktionierenden Funkgeräten.

Angesichts der bedrohlichen Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte und angesichts der sich immer mehr abzeichnenden Brutalität ist die Tatenlosigkeit des Senats unverantwortlich.

Wieder einmal läßt Körting die Beamten, die im täglichen Einsatz die Konsequenzen seiner Politik auszubaden haben, im Stich. Polizeibeamte haben aber einen schweren und vor allem gefährlichen Dienst zu verrichten. Deshalb haben sie im besonderen Maße ein Anrecht auf eine politische Fürsorge.

„Berlin muss sparen bis es quietscht!“ – nur Frau Dubrau (Stadträtin für Bündnis90/Grüne) nicht.

von Carsten Spallek, *Vorsitzender der CDU-Fraktion in der BVV Berlin-Mitte*

Berlin ist de facto pleite. Die Stadt schiebt einen enormen Schuldenberg vor sich her, der bis zum Jahresende auf geschätzte 57 Milliarden Euro angewachsen wird. Nur mit großen Anstrengungen kann die Nettoneuverschuldung (ca. 4,3 Milliarden Euro in 2003) reduziert werden. Die Kürzungen der Mittelzuweisungen für die bezirklichen Haushalte sind enorm: Kaputte Straßen und öffentliche Gebäude in schlechtem baulichem Zustand, da das Geld für die Bauunterhaltung fehlt. Marode sanitäre Anlagen in Schulen, trocken gelegte Brunnen und geschlossene Jugendfreizeiteinrichtungen, da auch hier das Geld knapp ist. Mitarbeiter bringen zum Teil eigene Taschenrechner mit ins Büro, da Neuananschaffungen nicht gestattet sind. Überall scheint Geld zu fehlen, nur im Ressort von Frau Dubrau (für Bündnis90/Grüne) offenbar nicht! Zum Hintergrund:

In den Jahren 2002 und 2003 gab es keinen einzigen Tag (!), an dem nicht eine Beschränkung in der Haushaltswirtschaft bei konsumtiven

Sachausgaben gegolten hätte. Zunächst war es der etatlose Zustand, der nur „unbedingt notwendige Ausgaben“ zur Erhaltung bestehender Einrichtungen und zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben und rechtliche Verpflichtungen erlaubte (Artikel 89 Verfassung von Berlin). Dem schlossen sich nahtlos haushaltswirtschaftliche Sperren des Finanzsenators an, wonach es von der Einwilligung des Finanzsenators abhängig ist, ob Verpflichtungen eingegangen werden oder Ausgaben geleistet werden dürfen (§ 41 Landeshaushaltsordnung). Letztlich galt dann auch noch eine „bezirkliche Haushaltssperre“, erlassen vom Stadtrat für Finanzen, da ein deutliches Defizit des Bezirkshaushalts zum Jahresende erwartet wurde.

Während der Sommerpause kam aber nun auf schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion heraus, dass trotz dieser Beschränkungen für das LuV Umwelt und Natur, für das Frau Dubrau verantwortlich ist, für mehr als 35.000 Euro Computer-Hardware angeschafft wurden – u.a.

Neuer Vorstand der Schüler Union gewählt

Am 17. Juni 2004 fand die Jahreshauptversammlung der Schüler Union Berlin-Mitte statt. Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde Richard Coburger gewählt (19 Jahre, Charles-Darwin-Gymnasium). Ziel des neuen Vorstands ist, die Schüler Union wieder zu reaktivieren. Was heißt das konkret? Es heißt, dass Schülern in Mitte, Tiergarten und Wedding, die eine bewusste Hinwendung zur Politik, sehr weit abseits von der hier üblicherweise vorherrschenden linken Meinung suchen, eine Plattform geboten wird.

Weitere Informationen über die Schüler Union Berlin-Mitte, gibt es unter www.ju-mitte.de oder unter richard@chapiro.de